



Misbah Khan

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende



Dr. Konstantin von Notz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Nyke Slawik

Mitglied des Deutschen Bundestages
Queerpolitische Sprecherin

Bundestagpräsidentin Julia Klöckner
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Flagge zeigen für die Freiheit und Sicherheit von queeren Menschen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Julia Klöckner,

die Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen des Christopher Street Days (CSD) und die Regenbogenflagge sind Ausdruck einer vielfältigen, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. In einer Zeit, in der Hass und Hetze gegenüber LSBTIQ immer lauter werden, stärken die Teilnahme an Veranstaltungen wie dem CSD und das Hissen der Regenbogenflagge, auch und gerade an öffentlichen Gebäuden, das klare Bekenntnis zu Vielfalt, Toleranz und unseren Grundrechten.

Queere Menschen stehen heute unter massivem Druck: Online wie offline nehmen queerfeindliche Drohungen, Angriffe und Hasskriminalität derzeit weiter deutlich zu. Erst am vergangenen Sonntag kam es zu gewalttätigen Angriffen auf ein Fest für Vielfalt in Bad Freienwalde. Dieser Angriff ist bei Weitem kein Einzelfall, sondern reiht sich in eine Serie von einer steigenden Anzahl an gewalttätigen Übergriffen ein.

Die Gewalt richtet sich dabei sehr gezielt gegen queere Menschen, die eingeschüchtert, von ihrem Engagement für das Gemeinwohl abgehalten und an der Ausübung ihrer Grundrechte gehindert werden sollen. Sie ist Ausdruck einer neuen Qualität politisch motivierter Gewalt, die queeren Menschen hart erkämpfte Sichtbarkeit und Freiheit rauben soll.

Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgefordert, sich dieser in höchstem Maße besorgniserregenden Entwicklung entschieden entgegenzustellen. Gemeinsam müssen wir denjenigen, die sich mit Hass und Hetze, mit Beleidigungen, Volksverhetzung und Bedrohung durch körperliche Gewalt konfrontiert sehen, den Rücken stärken und alles in unserer Macht Stehende tun, konstituierende Werte des Zusammenlebens in unserer offenen Gesellschaft zu schützen.

In diesem Klima der Verrohung ist es Aufgabe der öffentlichen Institutionen, allen voran des Deutschen Bundestags, mit gutem Beispiel voranzugehen und ihren Anteil zu leisten, die Sichtbarkeit queeren Lebens zu erhöhen und sich solidarisch mit denen zu zeigen, die derzeit massiv angefeindet und auch angegriffen werden. Würde die Sichtbarkeit behindert oder eingeschränkt werden, würde dies ein fatales Signal senden – sowohl an queere Menschen, aber auch an diejenigen, die die Würde des Menschen gezielt missachten.



Sexuelle und geschlechtliche Identität sind Teil der Persönlichkeit eines jeden Menschen und als solche grundrechtlich geschützt. Wer Vielfalt und Gleichwertigkeit aller Menschen bewusst in Frage stellt, greift die Grundlagen unserer offenen und vielfältigen Demokratie an.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir jüngste Presseberichterstattungen irritiert zur Kenntnis.

Wir gehen davon aus, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung eine Teilnahme an CSD-Veranstaltungen selbstverständlich auch weiterhin als Gruppe ermöglicht wird.

Auch möchten wir noch einmal mit Nachdruck darauf hinweisen, dass auch das Hissen der Regenbogenflagge auf dem Reichstagsgebäude zum Christopher Street Day eine wichtige Vorbildfunktion erfüllt, gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte. Der Deutsche Bundestag, der sich für die fortgesetzte Verfolgung queerer Menschen auch nach 1945 und seinem Anteil daran, entschuldigt hat, muss seine besondere Verantwortung weiter wahrnehmen.

Wir möchten Sie daher dringend bitten, ihre Entscheidung dazu zu überdenken und auch zum Christopher Street Day 2025 das Reichstagsgebäude mit der Regenbogenfahne zu beflaggen. In mehreren Städten mussten 2025 erstmals CSD-Demonstrationen aufgrund von Bedrohungen abgesagt werden. In Gelsenkirchen, Regensburg und anderen Kommunen werden damit dieses Jahr keine Regenbogenflaggen zum CSD durch die Straßen getragen. Es wäre sehr fatal, wenn in dieser neuen, zugespitzten Situation ausgerechnet der Bundestag sichtbare Solidarität verweigert.

Wir sind der festen Überzeugung: Das Parlament als Herzkammer unserer Demokratie muss – im wahrsten Sinne des Wortes – auch weiterhin Flagge für unsere offene und vielfältige Gesellschaft zeigen. Es ist unsere gemeinsame Pflicht, mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich queerfeindliche Bestrebungen, rechtsextreme Agitation und gewalttätige Gruppierungen bestätigt fühlen können.

Wir haben Verständnis für die Pflicht zur institutionellen Neutralität, doch diese darf nie als Grund vorgeschoben werden, wenn es um den Schutz von Grundrechten geht.

Wir fragen uns und bitten Sie um Aufklärung:

Entspricht die derzeitige Berichterstattung, dass dieses Jahr die Teilnahme des Regenbogennetzwerk der Verwaltung des Deutschen Bundestages als Gruppe am CSD als unerwünscht kommuniziert wurde, den Tatsachen? Sollte dies der Fall sein: Wer hat diese Entscheidungen veranlasst? Unterstützen Sie diese als Präsidentin? Und, sollte dies zutreffen: Wie rechtfertigen Sie sie angesichts der aktuellen Bedrohungen für queere Menschen, den zahlreichen gewalttätigen Übergriffen auf CSD-Demonstrationen und der besonderen Verantwortung des Deutschen Bundestages?

Die Beantwortung dieser Fragen ist unseres Erachtens auch für die Öffentlichkeit äußerst relevant.

Mit freundlichen Grüßen

Misbah Khan MdB

Dr. Konstantin von Notz MdB

Nyke Slawik MdB